

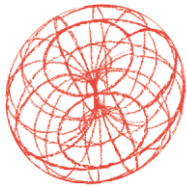
Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Wintersession 2016

Im **Nationalrat** werden in dieser Session zahlreiche kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Insbesondere zu erwähnen ist die Behandlung der bundesrätlichen Vorlage zur [Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes](#) (UN-Kinderrechtskonvention). Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Einzelpersonen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Der Ständerat folgte hier dem Bundesrat und stimmte der Vorlage mit 37 zu einer Stimme bei zwei Enthaltungen zu. Nun wird das Geschäft vom Nationalrat behandelt (vgl. den [Webbeitrag](#) dazu). Weiter von Interesse ist die parlamentarische Initiative Amherd zur „[Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen](#)“. Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in welches die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Die nationalrätliche Bildungscommission (WBK-NR) gab der Vorlage keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung). Zwei weitere Vorstösse befassen sich mit einer Reduktion der Krankenkassenprämien für Kinder und junge Erwachsene ([10.407](#) Parlamentarische Initiative Humbel „Prämienbefreiung für Kinder“ und [13.477](#) Parlamentarische Initiative Rossini „KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“). Schliesslich sind eine Reihe von familienpolitischen Vorstössen zu erwähnen. Von besonderem Interesse ist hierbei die parlamentarische Initiative Quadranti „[Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub](#)“. Dies fordert die Ausarbeitung der nötigen gesetzlichen Grundlagen, welche ergänzend zum geburtsbezogenen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen maximal 14-wöchigen Elternurlaub vorsehen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates beschloss, dem Vorstoss keine Folge zu geben.

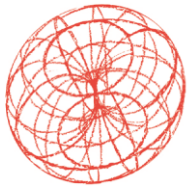
Im **Ständerat** ist aus Sicht der Kinderrechte besonders die Vorlage des Bundesrates zur [Änderung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#) zu erwähnen. Der Bundesrat will mit dieser Vorlage die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Berufstätige Eltern sollen für die Drittbetreuung ihrer Kinder weniger bezahlen, und das Betreuungsangebot soll besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden. Der Bundesrat will dazu für fünf Jahre 100 Millionen Franken als Anstossfinanzierung zur Verfügung stellen. Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WAK-S) beantragt dem Ständerat mit Stichentscheid der Präsidentin (6 zu 6 Stimmen), nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie macht insbesondere geltend, dass die bestehenden Finanzhilfen bereits zweimal verlängert wurden und dass der Gegenstand der Vorlage in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden falle. Eine Minderheit beantragt, auf die Vorlage einzutreten. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Erstrat. Weiter kinderrechtlich relevant ist die [Motion](#) von Viola Amherd, die eine Ergänzung des Strafgesetzbuches unterbreitet, welche Sexting als eigenen Straftatbestand beinhaltet sowie die Motion Rickli „[Verbot von Posing Bildern](#)“, welche den gewerbsmässigen Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe stellen will. Beide Vorstösse wurden vom Nationalrat bereits angenommen.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

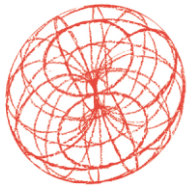
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



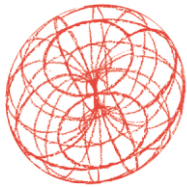
Datum	Nationalrat	Ständerat
28.11.2016	-	<p><u>16.055 (Geschäft des Bundesrates): Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung.</u></p> <p>Der Bundesrat will mit dieser Vorlage die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Berufstätige Eltern sollen für die Drittbetreuung ihrer Kinder weniger bezahlen, und das Betreuungsangebot soll besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden. Der Bundesrat will dazu für fünf Jahre 100 Millionen Franken als Anstossfinanzierung zur Verfügung stellen. Er hat die Botschaft zur entsprechenden Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung an das Parlament überwiesen. Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WAK-S) beantragt dem Ständerat mit Stichentscheid der Präsidentin (6 zu 6 Stimmen), nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie macht insbesondere geltend, dass die bestehenden Finanzhilfen bereits zweimal verlängert wurden und dass der Gegenstand der Vorlage in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden falle. Eine Minderheit beantragt, auf die Vorlage einzutreten. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>
29.12.2016	-	<p><u>16.025 (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.</u></p> <p>Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz. Der Ständerat berät offene Differenzen in der Berufsbildung, v.a. betreffend einer Härtefallregelung im Berufsbildungsgesetz.</p>



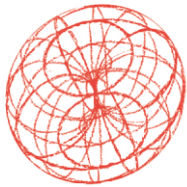
Datum	Nationalrat	Ständerat
01.12.2016	<p>Behandlung parlamentarischer Initiativen: (Die Behandlung wird am 5./6./7.8./14./15. Dezember fortgesetzt):</p> <p><u>15.458</u> (Parlamentarische Initiative Quadranti): Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub (SGK) Die Vorlage fordert die Ausarbeitung der nötigen gesetzlichen Grundlagen, welche ergänzend zum geburtsbezogenen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen maximal 14-wöchigen Elternurlaub vorsehen. Es ist festzulegen, zu welchen Teilen er vom Vater bezogen werden kann/muss (ein Bezug zu 100 Prozent ist denkbar); ebenso unter welchen Bedingungen. Gesamthaft ergibt sich dadurch eine Elternzeit von maximal 28 Wochen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates beschloss, dem Vorstoss keine Folge zu geben. Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><u>15.466</u> (Parlamentarische Initiative Amherd): Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in das die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere: die Koordination und der Informationsaustausch im gesamten Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes, die Durchführung von Präventions- und Informationsprogrammen, die Beratung von Programmleitenden, Eltern und Erziehungsberechtigten usw., die Vertretung der schweizerischen Anliegen in der internationalen Zusammenarbeit; und das Monitoring und die weitere Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die vorberatende Bildungskommission des Nationalrats (WBK-NR) gibt der Vorlage keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung). Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	<p><u>13.030</u> (Geschäft des Bundesrats): Ausländergesetz. Änderung. Integration. Der Bundesrat schlägt mit der Vorlage Anpassungen vor, die die Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Personen aus dem Asylbereich verbessert und behandelt drei parlamentarische Initiativen zu den Themen: Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen (pa. Iv. 08.428), Handlungsspielraum für die Behörden beim Entzug einer Niederlassungsbewilligung im Fall von Sozialhilfeabhängigkeit (pa. Iv. 08.450) und zur Vereinheitlichung des Familiennachzugs (pa. Iv. 10.485). Aus kinderrechtlicher Sicht interessiert hierbei vor allem der Aspekt des erschwerten Familiennachzuges. Der Ständerat hat der Vorlage 2013 zugestimmt, nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat das Parlament diese jedoch zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Nationalrat stimmte der neuen Vorlage des Bundesrats zu und verzichtet – anders als die vorberatenden Kommissionen – auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug. Dieser bleibt auch künftig für vorläufig aufgenommene Personen nach drei Jahren möglich, sofern jene keine Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen. Künftig wird nur noch eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) erhalten, wer gut integriert ist. Der Ständerat befasst sich nun zum ersten Mal mit der überarbeiteten Vorlage.</p> <p><u>14.3022</u> (Motion Rickli): Kinderpornografie. Verbot von Posting Bildern. Der Bundesrat wird beauftragt, eine dahingehende Gesetzesrevision vorzubereiten, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird. Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion, der Nationalrat hat sie bereits angenommen. Der Ständerat befasst sich zum ersten Mal mit der Vorlage.</p>



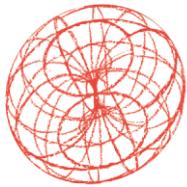
Datum	Nationalrat	Ständerat
01.12.2016	<p><u>15.470</u> (Parlamentarische Initiative Masshardt): Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion nach der Geburt.</p> <p>Die Vorlage fordert, dass das Obligationenrecht (OR) so anzupassen wird, dass Arbeitnehmenden nach der Geburt eines Kindes ein Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion gewährt wird (höchstens 20 Prozent). Dieser ist analog zur Regelung für das Bundespersonal (Art. 60a BPV, Reduktion des Beschäftigungsgrads nach der Geburt oder Adoption) auszugestalten. Kleinere Unternehmen können von der Regel ausgenommen werden. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats hat mit 12 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, der Vorlage keine Folge zu geben.</p>	<p><u>14.3367</u> (Motion Viola Amherd): Sexting bekämpfen.</p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine Ergänzung des Strafgesetzbuches zu unterbreiten, welche Sexting als eigenen Straftatbestand beinhaltet. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass es keinen neuen Straftatbestand braucht, die Motionärin kritisiert jedoch, dass im geltenden Strafrecht bei Sexting insbesondere die Regelung zur Pornografie zur Anwendung kommt. Diese setzt jedoch voraus, dass die Aufnahme pornografisch sei. Beim Sexting gehe es aber um Bilder, die nicht direkt pornografisch seien. Der Nationalrat überwies die Motion trotzdem. Der Ständerat befasst sich nun zum ersten Mal mit der Vorlage.</p>
05.12.2016	<p><u>15.085</u> (Geschäft des Bundesrats): Fakultativprotokoll von 2011 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Genehmigung.</p> <p>Der Bundesrat unterbereitet dem Parlament die gesetzliche Vorlage zur Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention. Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Einzelpersonen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Das Fakultativprotokoll beinhaltet ausserdem ein zwischenstaatliches Mitteilungsverfahren und ein Untersuchungsverfahren. Durch Letzteres kann der UN-Kinderrechtsausschuss Fälle schwerwiegender oder systematischer Verletzungen der UN-KRK oder der Fakultativprotokolle von sich aus untersuchen, sofern der betroffene Vertragsstaat dies nicht ausgeschlossen hat. Die Auffassungen des Ausschusses in diesen Verfahren sind rechtlich nicht verbindlich und können durch Empfehlungen zu ihrer Umsetzung ergänzt werden. Der Ständerat hat der Vorlage bereits zugestimmt.</p>	<p><u>15.317</u> (Standesinitiative Kt. NE): Familienbesteuerung. Anpassung der Gesetzgebung an die neuen Familienformen.</p> <p>Die Bundesversammlung wird ersucht, die gesetzlichen Grundlagen für die Familienbesteuerung zu ändern. Dabei gilt es insbesondere, die Ungleichheiten zwischen der Besteuerung der Alimamente an minderjährige und jener an volljährige Kinder zu beseitigen und die Abzugsregelungen für verheiratete, unverheiratete und geschiedene Paare zu harmonisieren. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats lehnt die Vorlage mit 10:0 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p>



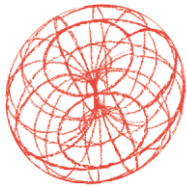
Datum	Nationalrat	Ständerat
05.12.2016	<p>16.025 (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020. Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz. Der Nationalrat behandelt offene Differenzen in der Berufsbildung, v.a. betreffend einer Härtefallregelung im Berufsbildungsgesetz.</p>	
06.12.2016	-	<p>15.4016 (Motion Gmür): Zeltplätze der Jugendorganisationen. Bessere Rahmenbedingungen. Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit Jugendorganisationen ungenutzte Schiess- und Übungsplätze der Armee vereinfacht erwerben können. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat stimmte der Motion jedoch zu.</p> <p>16.3644 (Postulat Jositsch): Präventionsprojekt "Kein Täter werden" für die Schweiz. Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, welche Wirkung Präventionsprojekte wie "Kein Täter werden" oder "Dis No" auf potentielle pädosexuelle Straftäter haben resp. wie erfolgreich sie in der Praxis sind. Weiter soll geklärt werden, ob ein ausgebauter Präventionsangebot für pädosexuelle Straftäter entsprechende Übergriffe verhindern könnte und falls ja, wie ein solches Angebot sichergestellt werden kann und welche Rolle dem Bund dabei zukommen würde. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p>



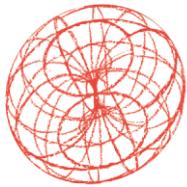
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.12.2016	<p><u>15.075</u> (Geschäft des Bundesrates): Bundesgesetz über Tabakprodukte. Das neue Tabakproduktegesetz hat zum Ziel, die Bevölkerung und insbesondere Jugendliche vor den negativen Folgen des Tabakkonsums zu schützen. Da die meisten Raucherinnen und Raucher (57%) vor ihrem 18. Geburtstag mit dem Rauchen beginnen, spielt der Jugendschutz im Gesetz eine zentrale Rolle: ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an Minderjährige und eine Einschränkung von Werbeformen, die für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind (Werbung auf Plakaten, im Kino und in Print- und Onlinemedien werden verboten). Ebenso untersagte Tabakproduktwerbung wäre die Abgabe von Geschenken an die Konsumentinnen und Konsumenten oder das Sponsoring von Grossanlässen. Der Ständerat hatte das Geschäft in der Sommersession an den Bundesrat zurück gewiesen, mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die unbestrittene Elemente der geltenden Tabakverordnung wie den Kinder- und Jugendschutz umfasst. Von Einschränkungen der Werbung im Kino oder auf Plakaten, der Verkaufsförderung und des Sponsorings wollte die Ständeratsmehrheit aber nichts wissen. Die Gesundheitskommission des Nationalrats will die Vorlage jedoch nicht an den Bundesrat zurück weisen.</p> <p><u>12.470</u> (Parlamentarische Initiative Joder): Bessere Unterstützung für schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder, die zu Hause gepflegt werden. Der Vorstoss verlangt, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass Familien (Eltern und Erziehungsberechtigte), die schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen, besser und wirkungsvoller unterstützt und entlastet werden. Die Kommissionen für Soziale Sicherheit und Gesundheit beider Räte sind auf die Vorlage eingetreten. Die nationalrätliche Kommission folgt dem Vorschlag des Bundesrats.</p>	-



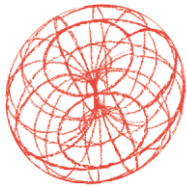
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.12.2016	<p><u>16.3407</u> (Postulat Feri): Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen.</p> <p>Das Postulat fordert einen Bericht zur Situation von Flüchtlingsfrauen und –Mädchen auf der Flucht und im Land, in jenem diese Asyl beantragen. Der Bericht soll Antworten geben 1. wie gezielt die Betreuung, Behandlung und Unterstützung von Flüchtlingsfrauen, die Opfer von sexueller Gewalt und Ausbeutung geworden sind, in der Schweiz ist. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn diese Opfer auch auf die Unterstützung der Opferberatungsstellen zählen könnten. Heute ist dies nicht der Fall, weil Artikel 3 des Opferhilfegesetzes diese Unterstützung nur für Tatbestände in der Schweiz vorsieht. 2. Stellt sich die Frage, ob auch Handlungsbedarf bei der Unterbringung von asylsuchenden Frauen und Mädchen besteht und ob diese angemessen betreut und vor Übergriffen in der Schweiz genügend geschützt werden. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><u>16.3416</u> (Postulat Nantermod): Patchworkfamilien. Lösungen für eine zeitgemässe Regelung der gesetzlichen Erbfolge.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen, der Möglichkeiten aufzeigt, wie das Zivilgesetzbuch geändert werden kann, damit Kinder aus Patchworkfamilien durch die gesetzliche Erbfolgeregelung nicht mehr benachteiligt werden. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	-



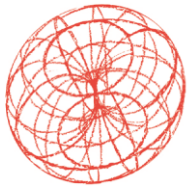
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.12.2016	<p><u>15.3127 (Motion Bourgeois): Unbegleitete Minderjährige. Betreuung und Schulbildung sicherstellen.</u> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen im Asylverfahren sicherzustellen, dass: 1. alle Kantone das Übereinkommen über die Rechte des Kindes einhalten; 2. der Entscheid über die Aufnahme oder Wegweisung von unbegleiteten Minderjährigen nicht nach Erreichen der Volljährigkeit erfolgt, sondern erst nach Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums in der Schweiz. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p><u>15.3142 (Motion Grunder): Zwingendes Anhörungsrecht und verbessertes Klagerecht für Grosseltern, Geschwister und nahe Verwandte.</u> Die Motion beauftragt den Bundesrat, die entsprechenden Artikel des Zivilgesetzbuches so zu ändern, dass nahen Verwandten mehr Einfluss bei der Frage der Einweisung von Kindern in Heime oder Pflegefamilien gewährt wird. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass 1. Grosseltern, Geschwistern und anderen nahen Verwandten ein zwingendes Anhörungsrecht gewährt wird, 2. das Klagerecht derselben gegen Entscheide der Behörden verbessert wird. Der Bundesrat lehnt die Motion ab, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p><u>15.3190 (Postulat Feri): Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen.</u> Das Postulat beauftragt den Bundesrat, eine Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen (BG-KKE) und der Bearbeitung von Kindesentführungsfällen durch die Bundesbehörden durchzuführen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Geschäfts, der Nationalrat behandelt es als Erstrat.</p>	



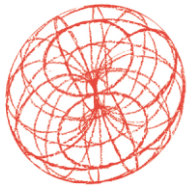
Datum	Nationalrat	Ständerat
13.12.2016	-	<u>16.3631</u> (Motion Kommission für Sicherheit und Gesundheit SR): Länger dauernde Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen. Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, im Rahmen der Erwerbssersatzordnung eine Bestimmung vorzuschlagen, die für Fälle, in denen ein Neugeborenes über drei Wochen im Spital verbleiben muss, eine länger dauernde Mutterschaftsentschädigung vorsieht. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Motion.
14.12.2016	<u>16.3146</u> (Motion Föhn): Sicherung des Programms Jugend und Sport. Der Bundesrat wird beauftragt, für den Bereich Jugend und Sport im Voranschlag 2017 und den folgenden Finanzplanjahre ausreichend Mittel einzustellen, damit auf der Grundlage der aktuellen Beitragssätze die Nachfrage gedeckt werden kann. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Vorstosses, der Ständerat hat ihn angenommen. <u>10.407</u> (Parlamentarische Initiative Humbel): Prämienbefreiung für Kinder. Die Initiative fordert eine Änderung des Krankenkassengesetzes (KVG), mit der Kinder von den Krankenkassenprämien zu befreien sind. Die Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats folgt in der Beratung dem Bundesrat und empfiehlt die Vorlage anzunehmen. Neu sollen also die Prämien von Kindern in Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen um mindestens 80 Prozent verbilligt werden, während die Prämien der jungen Erwachsenen in Ausbildung wie bisher um mindestens 50 Prozent verbilligt werden sollen.	



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.12.2016	<p>13.477 (Parlamentarische Initiative Rossini): KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Die Vorlage fordert eine Änderung von Artikel 61 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), welche die Einteilung der Alterskategorien Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene revidiert und die Versicherer verpflichtet, für diese Kategorien tiefere Prämien festzusetzen. Die Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats folgt dem Bundesrat und empfiehlt die Vorlage anzunehmen. Neu sollen also die Prämien von Kindern in Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen um mindestens 80 Prozent verbilligt werden, während die Prämien der jungen Erwachsenen in Ausbildung wie bisher um mindestens 50 Prozent verbilligt werden sollen.</p> <p>14.4252 (Motion Trede): Staatssekretariat für Familie. Die Vorlage beauftragt den Bundesrat, ein Staatssekretariat für Familie zu schaffen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	
15.12.2016	-	<p>15.4163 (Motion Fiedl): Umsetzung der Uno-Agenda 2030. Institutionelle Vorkehrungen. Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, durch geeignete institutionelle, prozedurale und politische Massnahmen sicherzustellen, dass die Departemente ihrem Auftrag nachkommen, die am Uno-Gipfeltreffen im September 2015 in New York verabschiedeten 17 Ziele und 169 Unterziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) umzusetzen und periodisch Rechenschaft abzulegen. Die SDGs enthalten einige Ziele mit Bezug zur Kinderrechtskonvention (wenn auch ein kinderrechtsbasierter Ansatz fehlt). Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage, der Nationalrat stimmte der Motion knapp mit 95 zu 91 Stimmen zu.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.12.2016		<p><u>16.3734</u> (Interpellation Seydoux): Welche Unterstützung für jesidische Familien?</p> <p>Anlässlich der Situation der jesidischen Familien im Irak, möchte die Interpellantin vom Bundesrat wissen, ob er die jesidischen Frauen und Kinder als eine gefährdete Gruppe, die eine besondere Aufmerksamkeit verdient, einstuft und ob die Schweiz in diesem Bereich bereits etwas unternommen hat oder zu unternehmen plant, um im Nordirak humanitäre Hilfe für jesidische Frauen und Kinder zu leisten.</p>
16.12.2016	<p><u>03.424</u> (Parlamentarische Initiative Abate): Sexuelle Handlungen mit Kindern. Erhöhung des Strafmasses gemäss Artikel 187 StGB.</p> <p>Die Vorlage beantragt, dass Artikel 187 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches geändert wird und eine Person, die mit einem Kind unter 16 Jahren eine sexuelle Handlung vornimmt, es zu einer solchen Handlung verleitet oder es in eine sexuelle Handlung einbezieht, künftig mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird. Der Nationalrat befindetet erneut über eine Fristverlängerung.</p> <p><u>10.322</u> (Standesinitiative Kt. BE): Bezahlter Urlaub für Eltern von schwerkranken Kindern.</p> <p>Die Bundesversammlung wird ersucht, die erforderlichen Rechtsgrundlagen zur Einführung eines bezahlten Urlaubs für Eltern schwerkranker Kinder zu schaffen. Mit dieser Rechtsgrundlage soll es dem einen oder andern Elternteil ermöglicht werden, bei seinem Kind zu sein und es während der akuten Krankheitsphase zu betreuen. Der Nationalrat befindetet über eine erneute Fristverlängerung.</p>	<p><u>15.075</u> (Geschäft des Bundesrates): Bundesgesetz über Tabakprodukte.</p> <p>Das neue Tabakproduktegesetz hat zum Ziel, die Bevölkerung und insbesondere Jugendliche vor den negativen Folgen des Tabakkonsums zu schützen. Da die meisten Raucherinnen und Raucher (57%) vor ihrem 18. Geburtstag mit dem Rauchen beginnen, spielt der Jugendschutz im Gesetz eine zentrale Rolle: ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an Minderjährige und eine Einschränkung von Werbeformen, die für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind (Werbung auf Plakaten, im Kino und in Print- und Onlinemedien werden verboten). Ebenso untersagte Tabakproduktwerbung wäre die Abgabe von Geschenken an die Konsumentinnen und Konsumenten oder das Sponsoring von Grossanlässen. Der Ständerat berät die Vorlage als Erstrat.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
	<p>13.418 (Parlamentarische Initiative GLP) und 13.419 (Parlamentarische Initiative BDP) und 13.420 (Parlamentarische Initiative Grüne) und 13.421 (Parlamentarische Initiative SP) und 13.422 (Parlamentarische Initiative Fiala): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren.</p> <p>Die Initiative verlangt, Verfassung und Gesetz so anzupassen, dass die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren sichergestellt wird. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben. Nachdem der Nationalrat dem Kommissionsvorschlag zugestimmt hat, beschloss der Ständerat, die Beratung des Geschäfts für mehr als ein Jahr auszusetzen. Der Nationalrat befindet nun ebenfalls über eine Sistierung des Geschäfts.</p> <p>Bekämpfte und nicht bekämpfte Vorstösse, die in einem beschleunigten Verfahren behandelt werden (vgl. Liste aus dem Sessionsprogramm).</p> <p>Auf die wichtigsten Geschäfte wird in der Sessionsrückschau eingegangen.</p>	